



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 15.09.2010
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer ab 9.35 Uhr
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Detlef Cordes
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick ab 9.05 Uhr
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee bis 11.20 Uhr
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Thomas Lauber

Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

ab 9.05 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD'in Heike von Ostrowski
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Henri Blanken
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Volker Kullik
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Elke Twesten

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 16.06.2010
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Gemeinsamer Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 4 Abs. 8 NLO
Vorlage: 2006-11/0989

- 7** Bestimmung der Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kreiswahl am 11.09.2011 im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0977
- 8** Neuorganisation des Sozialgesetzbuches II; hier: Unbefristete Wahrnehmung der Aufgaben als zugelassener kommunaler Träger (Option)
Vorlage: 2006-11/0967
- 9** Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 2006-11/0962
- 10** Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westliches Borchelsmoor"
Vorlage: 2006-11/0976
- 11** Zustimmung zur Annahme einer Zuwendung (Geldspende); hier: Sparkasse Rotenburg-Bremervörde
Vorlage: 2006-11/0980
- 12** Haushaltsüberschreitungen
- 12.1** hier: Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges für die Kreisfeuerwehrschule sowie die dazugehörige Hard- und Softwareausstattung (Teilhaushalt 2 - Sicherheit und Ordnung) Produkt 12.6.01 (Abwehrender Brandschutz)
Vorlage: 2006-11/0982
- 12.2** hier: Schullastenausgleich (Teilhaushalt 3 - Bildung und Kultur) Produkte 21.7.04, 21.7.05 und 24.3.03), Transferaufwand
Vorlage: 2006-11/0983
- 12.3** hier: Unterhaltung von Kreisstraßen (Teilhaushalt 8 - Planen, Bauen, Umwelt) Produkt 54.2.01, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Vorlage: 2006-11/0984
- 13** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2010: Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0988
- 14** Anfragen
- 15** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten H. Blanken, Genter-Mickley, Kullik, Leefers, Mangels, Oetjen, Sonnenwald und Twesten fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die **Abg. Frick** und **Reuter** nehmen ab 9.05 Uhr an der Sitzung teil.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, falls vom Kreistag gewünscht, könne der Punkt 10 der heutigen Tagesordnung - Verordnung über das Naturschutzgebiet „Westliches Borchelsmoor“ - in plattdeutscher Sprache behandelt werden.

Hierzu besteht im Kreistag Einvernehmen.

Abg. Steppat beklagt, dass der gegenüber dem ursprünglichen Terminplan geänderte Sitzungstermin für die heutige Kreistagssitzung nicht allen Kreistagsabgeordneten vorab gesondert mitgeteilt worden sei.

Landrat Luttmann sagt eine Prüfung zu.

(Anmerkung zum Protokoll: Die Verlegung der Kreistagssitzung vom 16.09.2010 auf den 15.09.2010 wurde bereits in der Kreisausschusssitzung am 03.02.2010 zu Tagesordnungspunkt 4 „Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten“ bekannt gegeben. Die Niederschrift über die Sitzung ist allen Kreistagsabgeordneten zugewandt. Im übrigen sind die Sitzungstermine über das Kreistagsinfosystem im Internet abrufbar.)

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 16.06.2010**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 16.06.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 16.06.2010 sei der Kreisausschuss am 05.08. und 02.09.2010 zu Sitzungen zusammengetreten.

Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) veräußere ein unbebautes, noch zu vermessendes Teilstück aus dem mit der Sporthalle der Janusz-Korczak-Schule bebauten Flurstück 158/8 der Flur 4 der Gemarkung Zeven in Größe von ca. 820 qm zum Zwecke des Neubaus einer Kindertagesstätte an die Stadt Zeven.
Zur Anpassung der Eigentumsverhältnisse des Hausmeistergrundstückes an die derzeitige Entwicklung (das Hausmeisterhaus sei als Dienstwohnung entbehrlich geworden und die Verwaltung des Hausmeistergrundstückes sei vom Landkreis auf die Samtgemeinde Zeven übergegangen) veräußere der Landkreis Rotenburg (Wümme) den ideellen Anteil aus dem Flurstück 160/5 der Flur 4 der Gemarkung Zeven, bebaut mit einem Wohnhaus einschließlich Garagen, an die Samtgemeinde Zeven.
2. Mit der Samtgemeinde Sittensen werde eine Verwaltungsvereinbarung über die Schul- und Kostenträgerschaft der Kooperativen Gesamtschule Sittensen geschlossen. Die Vereinbarung regele die Übertragung der Schulträgerschaft auf die Samtgemeinde Sittensen und den Umfang der Kostenerstattung des Landkreises für die laufenden Aufwendungen und notwendigen Investitionen der Samtgemeinde Sittensen im Zusammenhang mit dem Betrieb der KGS.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Jeweils ein Exemplar des „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen“ sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.
2. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat August 2010 seien in einer Übersicht an die Mitglieder des Kreistages verteilt worden.
3. Eine Einladung der Kontaktstelle Musik zu einem Benefizkonzert am 10.10.2010 sei den Abgeordneten ebenfalls auf den Tisch gelegt worden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf eine Veranstaltung des Fördervereins Cohn-Scheune e. V. am 19.09.2010 hin, zu der alle Abgeordneten eingeladen worden seien. Die schriftliche Einladung sei den Fraktionsvorsitzenden übersandt worden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes verweist auf die den Abgeordneten mit Schreiben vom 08.09.2010 zugesandte Sitzungsvorlage mit dem gemeinsamen Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmidt stellt ihren umfangreichen Tätigkeitsbereich in der Landkreisverwaltung vor und bilanziert ihre Arbeit im Berichtszeitraum. Der Gleichstellung komme auch im Bereich der Leistungen nach dem SGB II und im Zusammenhang mit Förderrichtlinien der Europäischen Union immer größere Bedeutung zu. Neben der Mitwirkung bei personellen Maßnahmen, bei Stellenbesetzungsverfahren und der Teilnahme an Sitzungen der Gremien sei die Öffentlichkeitsarbeit ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. In diesem Zusammenhang geht **Frau Schmidt** auf die Projekte „Wehr Dich!“ und ihre Beteiligung am Landesprogramm „Migrantinnen in Niedersachsen“ ein. Sie wirke bei der Gestaltung von Fortbildungsmaßnahmen mit und stehe als Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises in Fragen der Gleichstellung zur Verfügung. Die gute Arbeit in den Familienservicebüros habe zu einem Rückgang der Anfragen im Bereich Kinderbetreuung beigetragen, auch die Arbeit des Seniorenservicebüros wirke sich positiv aus. Zu ihren weiteren Empfehlungen gehöre die Einrichtung einer Beratungsstelle für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienzeit sowie eine Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft in der Kreisverwaltung.

Landrat Luttmann erklärt, in der Landkreisverwaltung sei Chancengleichheit für Frauen und Männer bei gleicher Qualifikation gegeben. Die Erleichterung des Wiedereinstiegs in das Berufsleben für Mütter sei eine wichtige Aufgabe. Mit einer flexiblen Arbeitszeitregelung und der Einrichtung von Telearbeitsplätzen habe der Landkreis in diesem Bereich bereits einiges getan. Die Frauenquote auf der Amtsleiterebene der Landkreisverwaltung betrage mittlerweile ca. 25 %. Die Angebote zur Kinderbetreuung im Landkreis müssten weiter ausgebaut werden.

Abg. Dreyer führt aus, als die Beschäftigung einer Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen gesetzlich vorgeschrieben worden sei, habe bei den Abgeordneten überwiegend Skepsis bestanden. Mittlerweile habe sich gezeigt, dass dies eine wichtige Aufgabe sei. Auch im Bereich der Kommunalpolitik müsse der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Hinblick auf die Kommunalwahl im kommenden Jahr ausgebaut werden. Zu den im Landkreis zu lösenden Schwachstellen zähle er die Kinderbetreuung. Die im gemeinsamen Bericht nicht zahlenmäßig genannten Gespräche der Gleichstellungsbeauftragten mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung sollten den Kreistagsabgeordneten nicht vorenthalten und in der nächsten Kreisausschusssitzung mitgeteilt werden. Er bedankt sich für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Er habe keine Zweifel, dass die richtige Person an der richtigen Stelle eingesetzt sei.

Auch **Abg. Bargfrede** bringt seinen Dank für die erfolgreiche Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zum Ausdruck. Die gute Kooperation mit der Verwaltung sei positiv. Hinsichtlich der Einrichtung einer Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft müsse man überlegen, wie dies finanziert werden könne. Der Sachverstand und das Engagement von Frauen würden auch in der Kommunalpolitik gebraucht.

Abg. Graf von Bothmer nimmt ab 9.35 Uhr an der Sitzung teil.

Auf eine Nachfrage des **Abg. Dr. Fröhlich** zur Bedeutung des im gemeinsamen Bericht verwendeten Begriffs „Chancenwertigkeit“ antwortet **Frau Schmidt**, dieser beinhalte auch die Chancengerechtigkeit.

Abg. Steppat meint, die Gleichstellungsbeauftragte habe sehr viel Positives geleistet.

Abg. Frömming fragt, ob die Gleichstellungsbeauftragte auch Anfragen oder Anliegen von Männern erhalten habe, dies müsse im Bericht auch zum Ausdruck kommen. Weiter möchte sie wissen, ob eine Ausweitung des Arbeitsfeldes bei Erhöhung der Arbeitszeit und mehr Personal nach Ansicht der Gleichstellungsbeauftragten sinnvoll sein könne.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmidt antwortet, sie sei Ansprechpartner für beide Geschlechter. Mit mehr Arbeitszeit bzw. mehr Personal könne man mehr Arbeit leisten. Sie komme mit ihrer Arbeitszeit zurecht, könne aber keine zusätzlichen Arbeitsfelder übernehmen.

Abg. Lauber spricht der Gleichstellungsbeauftragten ebenfalls Dank für die geleistete Arbeit aus und weist auf die Rolle der GRÜNEN bei der Förderung der Gleichstellung auf kommunaler Ebene hin. Man habe seinerzeit Weitblick bewiesen. Es biete sich noch viel Stoff für die weitere Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten.

Der Kreistag nimmt von dem gemeinsamen Bericht des Landrates und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 4 a Abs. 8 NLO für den Berichtszeitraum 2007 bis 2009 Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Bestimmung der Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kreiswahl am 11.09.2011 im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0977

Beschluss:

Das Wahlgebiet wird für die Kreiswahl am 11.09.2011 in vier Wahlbereiche wie folgt eingeteilt:

Wahlbereich 1: Stadt Bremervörde
Samtgemeinde Geestequelle
Gemeinde Gnarrenburg
Samtgemeinde Selsingen

Wahlbereich 2: Samtgemeinde Tarmstedt
Samtgemeinde Zeven
Samtgemeinde Sittensen

Wahlbereich 3: Stadt Rotenburg (Wümme)
Samtgemeinde Sottrum

Wahlbereich 4: Stadt Visselhövede
Samtgemeinde Bothel
Gemeinde Scheeßel
Samtgemeinde Fintel

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Luttmann weist auf den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses hin. Die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II sei eine der wichtigsten Aufgaben des Landkreises. Zum damaligen Zeitpunkt sei die 2004 vom Kreistag mit den Stimmen der CDU/FDP, WFB und B90/GRÜNE beschlossene Übernahme der Option eine mutige Entscheidung gewesen. Der Landkreis habe diese Aufgabe in einem schwierigen Umfeld übernommen und mit der Vermittlung von Arbeitssuchenden Neuland betreten. Das Arbeitsmarktportal habe auf fünf Standorte in Rotenburg, Zeven und Bremervörde verteilt werden müssen und es sei fast ausschließlich neues Personal für diese Aufgabe eingestellt worden. Naturgemäß habe es dabei Anlaufschwierigkeiten gegeben. Mittlerweile werde beim Arbeitsmarktportal sehr erfolgreiche Arbeit geleistet. Im Landesvergleich der Optionskommunen stehe der Landkreis sehr gut da. Er danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitsmarktportals für die geleistete Arbeit. In diesen Dank schließt er auch die Mitarbeiter ein, die an anderer Stelle in der Landkreisverwaltung die Arbeit des ArRoW unterstützen. Insbesondere bei der Vermittlung der jugendlichen Arbeitssuchenden und der allein erziehenden Mütter müssten weiter intensive Bemühungen unternommen werden.

Abg. Bargfrede bezeichnet die Übernahme der Option durch den Landkreis als einen mutigen Schritt, zu dem es im Kreistag damals kontroverse Debatten gegeben habe. Dagegen werde man heute wohl einmütig für die unbefristete Fortführung stimmen. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten werde beim Arbeitsmarktportal mittlerweile gute Arbeit geleistet. Das der Landkreis damit im Landesvergleich gut dastehe komme nicht von ungefähr. Ein Grund sei die gute Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden sowie anderen Behörden und Verbänden. Auch die Kooperation innerhalb der Kreisverwaltung sei wichtig. Mit dem heutigen Beschluss seien auch einige Verpflichtungen verbunden, finanziell würden sich für den Landkreis dagegen kaum Änderungen ergeben. Auch er dankt den Mitarbeitern und besonders der Leitung des Arbeitsmarktportals für die geleistete Arbeit und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Abg. M. Blanken erklärt, die Übernahme der Option sei eine der wichtigsten Entscheidungen des Kreistages gewesen. Nach seiner Auffassung bedürfe die Angelegenheit einer differenzierten Betrachtung. Zu Beginn habe es viele Schwierigkeiten gegeben, einige der von der SPD-Fraktion gehegten Befürchtungen hätten sich bestätigt. Die anfangs hohe Zahl der falschen Leistungsbescheide sei inzwischen geringer geworden. Dafür sei den Mitarbeitern des Arbeitsmarktportals zu danken. Nachdem sich die Befürchtungen aus dem Jahr 2004 zunächst zum Teil bestätigt hätten, sei seit ca. zwei Jahren eine Besserung eingetreten. Auch wenn die Schwierigkeiten überwunden schienen, sei dies kein Grund, sich zurückzulehnen. In dem Bemühen um die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen dürfe nicht nachgelassen werden. Die SPD-Fraktion werde die Arbeit des Arbeitsmarktportals weiter begleiten. Er freue sich darüber, dass die heutige Entscheidung des Kreistages auch unbefristete Arbeitsverhältnisse für die Mitarbeiter bedeute. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Abg. Lauber führt aus, die Zustimmung seiner Fraktion zur Bewerbung um die Übernahme der Option sei damals eine richtige Entscheidung gewesen, auch wenn es anfänglich Schwierigkeiten gegeben habe.

Abg. Dr. Fröhlich weist auf die niedrige Arbeitslosenquote im Landkreis hin und meint beim Arbeitsmarktportal werde gute Arbeit geleistet.

Abg. Klee spricht eine ursprünglich vom Bund vorgesehene fünfjährige Erprobungsphase des Optionsmodells an. Danach hätte geprüft werden sollen, ob sich dies bewährt habe. Eine solche Auswertung auf Bundesebene habe jedoch bisher nicht stattgefunden. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme) sei die Option sicher ein Erfolgsmodell.

Abg. Poredda hält die Nähe zwischen dem Arbeitsmarktportal und den Arbeitgebern für wichtig. Die Vermittlung funktioniere besser als zuvor bei den Arbeitsagenturen. Hier sei etwas Gutes aufgebaut worden. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) übernimmt entsprechend § 6a Abs. 1 SGB II über den 31. Dezember 2010 hinaus unbefristet die Aufgaben eines zugelassenen kommunalen Trägers nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II).
2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) verpflichtet sich, entsprechend § 6a Abs. 2 Satz 1 Ziffer 4 SGB II, mit der zuständigen Landesbehörde Zielvereinbarungen über die Leistungen nach dem SGB II abzuschließen.
3. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) verpflichtet sich gemäß § 6a Abs. 2 Satz 1 Ziffer 5 SGB II, die in der Rechtsverordnung nach § 51b Abs. 1 Satz 2 SGB II festgelegten Daten zu erheben und gemäß den Regelungen nach § 51b Abs. 4 SGB II an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln, um bundeseinheitliche Datenerfassung, Ergebnisberichterstattung, Wirkungsforschung und Leistungsvergleiche zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann sowie die **Abg. Borngräber** und **Klee** verlassen den Sitzungsraum.

1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek übernimmt den Vorsitz.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2009**
Vorlage: 2006-11/0962

1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek verweist auf den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses.

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann sowie die **Abg. Borngräber** und **Klee** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westliches Borchelsmoor"**
Vorlage: 2006-11/0976

Abg. Wölbern führt aus, die Verordnung zum Naturschutzgebiet „Westliches Borchelsmoor“ sei bereits seit längerer Zeit in Vorbereitung. Nach der Beratung der Angelegenheit im Fachausschuss seien die fraglichen Flächen von den Mitarbeitern des Amtes für Naturschutz und Landschaftspflege nochmals eingehend überprüft worden. Danach sei ein Kompromiss gefunden worden, mit dem alle Beteiligten leben könnten. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Auch **Abg. Trau** meint, die Naturschutzgebietsverordnung solle auf den Weg gebracht werden. Nachdem sich die Fachausschussmitglieder das Naturschutzgebiet bereits angesehen hätten, habe er auf den im Verfahren geltend gemachten Einwand eines Landwirts hin dessen Grundstücke nochmals persönlich begutachtet. Es handele sich um hofnahe Flächen, die intensiv genutzt würden. Einschränkungen in der Bewirtschaftung seien dort ganz schwierig. Mit der nach der erneuten Überprüfung durch die Naturschutzbehörde gefundenen Lösung könne der Landwirt leben.

Abg. Petersen begrüßt, dass Bedenken der Flächeneigentümer im Verfahren berücksichtigt wurden und im Dialog zwischen den Beteiligten ein Kompromiss gefunden worden sei.

Beschluss:

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Westliches Borchelsmoor“ wird in der anliegenden Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.15 Uhr bis 10.45 Uhr.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme einer Zuwendung (Geldspende); hier: Sparkasse Rotenburg-Bremervörde**
Vorlage: 2006-11/0980

Beschluss:

Die Annahme der Zuwendung in Höhe von 1.400 € von der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde im Namen des Nds. Sparkassenverbandes wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 12.1 der Tagesordnung: **hier: Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges für die Kreisfeuerwehrfahrschule sowie die dazugehörige Hard- und Softwareausstattung (Teilhaushalt 2 - Sicherheit und Ordnung) Produkt 12.6.01 (Abwehrender Brandschutz)**
Vorlage: 2006-11/0982

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 84.000,00 € im Teilhaushalt 2 (Sicherheit und Ordnung), Investition, wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Minderauszahlungen im Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Produkt 61.2.01 (Sonstige Finanzwirtschaft) Zinsausgaben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 12.2 der Tagesordnung: **hier: Schullastenausgleich (Teilhaushalt 3 - Bildung und Kultur) Produkte 21.7.04, 21.7.05 und 24.3.03), Transferaufwand**
Vorlage: 2006-11/0983

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 251.000,00 € im Teilhaushalt 3 (Bildung und Kultur), Transferaufwand wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen im Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Produkt 61.1.01 (Steuern und allgemeine Zuweisungen), Schlüsselzuweisungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 12.3 der Tagesordnung: **hier: Unterhaltung von Kreisstraßen (Teilhaushalt 8 - Planen, Bauen, Umwelt) Produkt 54.2.01, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**
Vorlage: 2006-11/0984

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 250.000,00 € im Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen im Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Produkt 61.1.01 (Steuern und allgemeine Zuweisungen), Schlüsselzuweisungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2010: Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0988

Zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion führt **Abg. Ringe** aus, der Landkreis solle nicht auf eine Entscheidung aus Hannover warten, sondern zur Einrichtung neuer Gesamtschulen selbst aktiv werden. Der bei der Elternbefragung zum Ausdruck gekommene Elternwille und der Standpunkt des Kreistages zur Schulstruktur sollten deutlich gemacht werden. Die Eltern hätten in ihrem Bestreben nach der Einrichtung weiterer Gesamtschulen im Landkreis nicht nachgelassen. Deswegen solle der Landkreis nun die Einrichtung einer IGS in Bothel, Lauenbrück und Visselhövede sowie die Einrichtung einer KGS in Selsingen und Gnarrenburg und die Genehmigung einer integrativen Haupt- und Realschule in Oerel bei der Landesschulbehörde beantragen. Für Gnarrenburg käme auch die Einrichtung einer IGS in Betracht. Darüber müsse man noch reden. Die in Oerel von der Landesschulbehörde aktuell genehmigte Kooperation sehe nach wie vor eine weitgehende Trennung der Schulformen vor. Der Bestand der Gymnasien im Landkreis solle nicht in Frage gestellt werden. Die von den Eltern gewollte ortsnahe Beschulung ihrer Kinder mit einem Zugang zu gymnasialen Angeboten sei nur mit Gesamtschulen zu realisieren. Dabei sei klar, dass nicht an allen Gesamtschulstandorten eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden könne. Weite Beförderungswegen seien nicht im Sinne der Eltern und der Schüler. Auch ein Ausbau der Ganztagsbeschulung sei mit langen Anfahrtswegen schwierig. Die Verwaltung müsse sich Gedanken über die weitere Entwicklung in den kommenden Jahren machen. Wohnortnahe Schulen seien auch für die Identifikation von Eltern und Schülern mit ihrer Schule von Bedeutung. Die Hauptschule werde von den Eltern kaum noch gewollt, weil die Kinder nach dem Abschluss nur eingeschränkte Zukunftschancen hätten. Die SPD lehne einen Wettbewerb der Schulen untereinander nicht ab. Dies dürfe jedoch nicht zu einem gegenseitigen „Wegnehmen“ der Schüler führen. Alle gemeindlichen Schulträger hätten die Bereitschaft gezeigt, für den Erhalt ihrer Schulen auch finanzielle Mittel aufzuwenden. Alle Beteiligten müssten sich für den Erhalt der gemeindlichen Schulstandorte einsetzen. In die Schullandschaft komme wieder Bewegung und der Landkreis Rotenburg dürfe nicht hinten anstehen. Die Ergebnisse der Elternbefragung aus dem Jahr 2009 sollten wieder aufgegriffen werden, dabei dürften die Mittelzentren nicht ausgegrenzt werden. Er hoffe, dass es gemeinsam mit den Eltern gelinge, den „Stein ins Rollen“ zu bringen, auch mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände. Der Antrag der SPD-Fraktion solle zügig im Schulausschuss behandelt werden. Er kündigt an, hierzu eine zusätzliche Schulausschusssitzung zu beantragen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass nach § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Kreistag nach der mündlichen Begründung durch den Antragsteller die Verweisung des Antrages an den Schulausschuss oder Nichtbefassung beschließen könne.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2010 „Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)“ wird zur weiteren Beratung an den Schulausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: Anfragen

Die von der **Abg. Grimm** mündlich vorgetragene Anfrage zu Mobilfunk-Antennen auf dem Gelände der Molkerei Elsdorf sowie die Antwort der Verwaltung werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Abg. Keller beruft sich auf einen Bericht im Sonntagsjournal der Zevener Zeitung vom 12.09.2010 mit der Überschrift „Geblitzte Autofahrer fühlen sich vom Landkreis geneppt“. Danach sei auf der Bundesstraße 71 im Bereich Zeven die zulässige Höchstgeschwindigkeit kurzfristig von 70 km/h auf 50 km/h reduziert worden. Grund sollen Fahrbahnschäden gewesen sein. Er fragt, von welcher Stelle die Geschwindigkeitsbeschränkung angeordnet und die Radarkontrollen durchgeführt worden seien. Weiter möchte er wissen, ob es dort, als Grund für die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit, Unfälle gegeben habe und ob tatsächlich Straßenbaumaßnahmen stattgefunden hätten.

Landrat Luttmann sagt eine Beantwortung der Fragen mit dem Protokoll zu. (*Antwort zum Protokoll: Auf der Bundesstraße B 71 zwischen der Ortschaft Brüttendorf und dem Kreisverkehr B71/ Westumgehung Zeven wurde im Frühjahr 2010 eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h angebracht. Diese Geschwindigkeitsbeschränkung wurde nicht von der Straßenverkehrsbehörde, sondern von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Geschäftsbereich Stade – als Straßenbaulastträger aufgrund vorhandener Straßenschäden angeordnet. Vermehrte Unfälle hatte es dort nicht gegeben, die Beschränkung diene der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht des Bundes. Nachdem diese Beschränkung etliche Wochen bestand, wurde am 19.07.2010 während des morgendlichen Berufsverkehrs eine Geschwindigkeitsmessung durchgeführt. Die Messung erfolgte nicht durch ein privates Unternehmen, sondern durch geschulte Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die regelmäßig im gesamten Kreisgebiet Geschwindigkeitskontrollen durchführen. Unabhängig vom Grund der Anordnung eines Verkehrszeichens ist es von den Verkehrsteilnehmern zu beachten. Dass Geschwindigkeitskontrollen vom Landkreis durchgeführt werden, ist allgemein bekannt und wird regelmäßig in den Tageszeitungen veröffentlicht. Anfang September 2010 wurde auf Betreiben der Straßenverkehrsbehörde die zulässige Geschwindigkeit auf 70 km/h angehoben, da nach Auffassung der Kreisverwaltung die vorhandenen Schäden eine weitergehende Beschränkung nicht rechtfertigen. Als Argument dienten dabei auch die Ergebnisse der Messung aus dem Juli.*)

Abg. Bruns spricht die Schülerbeförderung auf der Linie 880 von Visselhövede nach Rotenburg an. Dort würden in Spitzenzeiten zwei Busse eingesetzt. Der eingesetzte kleinere Gelenkbus verfüge über 63 Sitz- und 75 Stehplätze. Der Bus sei morgens mit ca. 110 Schülern besetzt, so dass ca. 50 Schüler während der Fahrt stehen müssten. Schüler, die an späteren Haltestellen zusteigen würden, müssten zwangsläufig stehen, was gerade in einem Gelenkbus nicht einfach sei. Betroffen seien auch Schüler der 5. Klassen. Viele Eltern würden diesen Zustand als unzureichend ansehen. Die Problematik solle an geeigneter Stelle diskutiert werden. Er möchte wissen, ob der Landrat diesen Zustand für zumutbar halte.

Landrat Luttmann antwortet, die Problematik könne im Schulausschuss erörtert werden. Wenn für alle Schüler ein Sitzplatz sichergestellt werden solle, würde dies mit erheblichen Mehrkosten für die Schülerbeförderung verbunden sein. Es sei fraglich, ob dann die Schülerbeförderung noch ohne eine Kostenbeteiligung der Eltern durchgeführt werden könne. Solange in den Schulbussen die zugelassene Zahl der Sitz- und Stehplätze eingehalten werde, sei dies hinnehmbar und zu akzeptieren.

Abg. Bruns führt weiter aus, es solle vorgekommen sein, dass Schülern vom Busfahrer der Zustieg verwehrt worden sei, da bereits sämtliche Plätze im Bus belegt gewesen seien. Auch hätten Eltern bereits Fahrgemeinschaften gebildet, um ihre Kinder selbst zur Schule zu fahren. Auch hierüber sollte im Schulausschuss gesprochen werden.

Landrat Luttmann erklärt, gerade zu Beginn eines Schuljahres müsse sich die Schülerbeförderung zunächst einspielen. Probleme würden von den Eltern meist höher bewertet als von den betroffenen Kindern. Wenn Schüler wegen voller Schulbusse nicht mitgenommen würden, müsse die Kreisverwaltung hierüber informiert werden. Dann könne hierauf auch schnell reagiert werden.

Abg. Klee verlässt die Sitzung um 11.20 Uhr.

Zu den Äußerungen des Landrates in einem Presseartikel zum demographischen Wandel möchte **Abg. Wölbern** wissen, in welcher Altersgruppe die größten zahlenmäßigen Bevölkerungsverluste im Landkreis zu verzeichnen seien. Der Landrat habe in dem Artikel davon gesprochen, Ideen zu entwickeln, um dem Bevölkerungsrückgang gegenzusteuern und kommunalpolitisch auf den Geburtenrückgang zu reagieren. **Abg. Wölbern** fragt nach den Konzepten der Kreisverwaltung hierzu. Außerdem möchte er wissen, wie auf die Entwicklung reagiert werden könne und ob es Ansätze gebe, die ältere Generation besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Landrat Luttmann antwortet, die Altersgruppe mit dem höchsten Rückgang werde ermittelt (*Anmerkung zum Protokoll: Eine entsprechende Auswertung ist dem Protokoll als Anlage beigelegt*). Kreistag und Verwaltung würden sich mit dem Thema demographischer Wandel noch befassen müssen. In der Kreisverwaltung sei vor kurzem ein Seminar zu dieser Problematik durchgeführt worden. Der Altersgruppe der Senioren käme eine immer größere Bedeutung zu. Mit der Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit sei in der Kreisverwaltung eine erste Anlaufstelle geschaffen worden. Ob dem Geburtenrückgang allein mit dem Ausbau der Kinderbetreuung gegengesteuert werden könne, sehe er eher skeptisch. Sowohl bei den Krippenplätzen als auch den Schulen müssten immer die aktuellen Zahlen im Auge behalten und darauf aufbauend Konzepte erarbeitet werden.

Punkt 15 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Kreistagsvorsitzender Brünjes beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 9)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 9)

Landrat

Protokollführer